

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Freitag, 6. Februar 1891.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Edelbert W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

C. H. Berlin, 5. Februar.

## Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 5. Februar.

Präsident v. Kappeler eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Caprivi, von Marschall, von Bötticher und Andere.

An Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes R. A. (Herrn) wird der Abg. W. E. (Herrn) zum Schriftführer gewählt und alsdann die zweite Beratung des Etats des auswärtigen Amtes fortgesetzt bei dem Titel der „einmaligen Ausgaben“: „Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika“.

In Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. die kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika.

Der Etat beantragt bei dem betreffenden Titel die Summe von 3,500,000 Mark, die Budgetkommission hat davon 1,000,000 Mark gestrichen und beantragt nur die Bewilligung von 2,500,000 Mark.

Abg. D. (Herrn) wendet sich zunächst gegen eine frühere Bemerkung des Abg. Bamberger, nach welcher die Ausführung nach Ostafrika 1/2 Millionen Mark betragen, die Verwaltungskosten sich dagegen auf 900,000 Mark belaufen hätten sollten. Diese Bemerkung habe sich auf das Jahr 1889 bezogen, der Verkehr habe sich indessen seit dieser Zeit überaus gehoben, so daß der Verkehr, nach den bisher ermittelten Resultaten, sich auf 4 1/2—5 Millionen Mark belaufen werde. Der Austausch zwischen Ostafrika und Hamburg sei, bevor wir die subventionierten Dampferlinien gehabt haben, ein sehr beschränkter gewesen, man sollte deshalb die Bedeutung dieser Linien nicht unterschätzen. Aufgabe der Politik der Regierung sei es gerade, die bisher erzielten kleinen Resultate in große zu vermindern. Die Konkurrenz der subventionierten englischen und portugiesischen Linien habe die deutsche Subventionierung nach Ostafrika notwendig gemacht. Herr Bamberger berücksichtige diese große Frage der Kolonialpolitik nicht. Den deutsch-englischen Vertrag habe er von vornherein mit günstigen Augen betrachtet. Deutschland habe jetzt einmal Ostafrika, es könne nicht mehr zurück und darin müsse doch ein Moment der Befriedigung für die Gegner der Kolonialpolitik liegen. Die humanitären und zivilisatorischen Aufgaben, welche Deutschland in Ostafrika übernommen habe, würden, selbst wenn gar keine volkswirtschaftlichen Gründe hinzukämen, dahin führen müssen, daß der Verkehr daselbst nicht aufgegeben werden dürfe. Dem Abg. Bamberger gegenüber bemerke er, daß die ostafrikanische Gesellschaft von Anfang an bemüht gewesen sei, die Befestigungen, Wägen und Wägen des auswärtigen Amtes zu besorgen und daß sie nach allen Richtungen hin bestrebt gewesen sei, die Interessen des Handels überall wahrzunehmen. Die staatsrechtliche Regelung der Verhältnisse des Nordens in Ostafrika sei schon angeht der Konkurrenz unserer englischen Freunde notwendig. Der erste Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse liege dem Kaiser jetzt vor. Er hoffe, daß alle jetzt noch zerstreuten Interessen durch eine einheitliche Organisation vereinigt werden und daß die Reichsregierung bei der Ausführung ihrer Pläne die Unterstützung des Reichstages finden werde. Mit Bezug auf die Finanzierung des Ostafrika-Reisens wendet Herr Bamberger bemerke er, daß diese Reisen durch wissenschaftliche Forschungen befähigt seien, daß ihnen indessen das wirtschaftliche und handelspolitische Urteil oft mangelte. Er sei kein Kolonialwärmer, aber der Ausdruck sei kein Vorwurf. Der Optimismus habe noch niemals etwas geschaffen, nur der Optimismus führe zu großen Taten.

Abg. Graf v. Helldorf (Konf.): Der Abg. Richter habe gestern ausgeführt, es komme nicht darauf an, daß in Ostafrika etwas mache, vielmehr darauf, daß man es auch zu guten Zwecken verwenden könne. Dies sei auch die Forderung der deutschen Landwirtschaft und er hoffe auf den Beifall des Herrn Richter, wenn es sich um die Forderungen zum Schutze der deutschen Landwirtschaft handle. (Beifall rechts.) Der Abg. Bamberger hat gestern die Afrika-Reisen als Abenteuer bezeichnet. Ich habe nichts dagegen; es ist ja in seiner Jugend als Abenteuer umhergerichtet, dem man im Alter davon nichts mehr anmerkt. Die Erweiterung der Insel Helgoland hat für mich einen idealen Wert und treue ich mich, daß wir das kleine Land wiedergewinnen haben. Ich kann diesen Erwerb jedoch nicht subsumieren unter den Begriff einer Kompensation gegenüber den Abtretungen in Ostafrika. Es müssen sehr wichtige politische Gründe für diesen Tausch vorliegen haben. Es wird jahrelanger Arbeit bedürfen, um wieder derartige Handelssemporien herzustellen, wie es Sanibar ist. Daß die deutsche Regierung auf dem Kolonialgebiet mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, liegt auf der Hand. Ich frage aber die Herren Richter und Bamberger: Wer hat diese Schwierigkeiten verursacht? Die freisinnige Presse hat fortwährend die Kolonialpolitik angegriffen, die Erweiterung als wertlos bezeichnet und das Interesse des Kapitals zurückgehalten. (Beifall rechts.) Für die Schutztruppe werden wir die Mittel bewilligen müssen, ich bitte aber die Regierung, bei der Fortführung der Politik den idealen Standpunkt nicht zu verlassen. (Beifall rechts.)

Reichstagskanzler v. Caprivi: Abg. v. Kar-

borff und der Herr Vorredner haben gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, daß sie Schuld sei, wenn das Interesse an der Kolonialpolitik angenommen habe. Das ist ein schwerer Vorwurf, daß ich denselben entgegenstellen muß. Vor einem Jahre hatten wir in Ostafrika Witu und Ostafrika, wir hatten die anerkannte deutsche Interessensphäre und die freitragende Interessensphäre. Handel und Wandel lagen darnieder, die sogenannten Städte waren im Niedergang und im Lande herrschte Krieg. Es war ein unerträglicher Zustand. Von meinem Amtsvorgänger waren Verhandlungen mit England angeknüpft, aber noch nicht eingeleitet worden. Am Mai v. J. beauftragte mich Se. Majestät, eine Vereinbarung mit England herbeizuführen, am 2. Mai wurden die Einzelbestimmungen der Direktive gegeben, der bestehende Zustand war unerträglich, wir mußten aus demselben heraus. Für England lag die Sache weit günstiger, wir hatten also in den Verhandlungen einen schweren Stand. Die Bevölkerung Sanibars hatte zusammen, ein ziemlich fragwürdiger deutscher Fußfall hatte

stattegekommen — das erwachte die Verhandlungen. Ich muß sagen, selbst wenn wir von Helgoland ganz absehen, ist der Vertrag mit England für uns sehr wertvoll. (Beifall.)

Man habe zwar gesagt, der Reichstagskanzler habe sich von dem perfiden England überlassen lassen. (Heiterkeit.) Man muß sich aber doch fragen: Dürfen wir denn die Kräfte an Menschen und Kapital, wie sie die Kolonien erfordern? Das war der Fehler unserer Kolonialpolitik, daß man zu viel in Angriff genommen hatte; man hatte die Hände voll und wußte sich nun nicht zu helfen. Ich mache meinem Amtsvorgänger keinen Vorwurf daraus, es war die allgemeine Stimmung, man stand noch vor den ungeordneten Kolonien. Die Berichte über Ostafrika waren doch wenig zuverlässig. Reisende, Kaufleute, Missionäre u. betrachten die Verhältnisse von einem einseitigen Gesichtspunkte. Bei dem Vertrag mit England hätten wir zwar den Wituhafen erhalten, es zeigte sich aber, daß kein Schiedsgericht existierte, welches uns dies zu sprechen konnte, und damit war Witu für uns wertlos. Die Festhaltung Witus wäre uns übrigens sehr lohnlos geworden. Was nun Sanibar betrifft, so mußten wir es aufgeben, denn das Protektorat darüber hätten wir nur mit Zustimmung Englands erhalten können. Es ist behauptet worden, Fürst Bismarck hätte einen solchen Vertrag, wie ich, niemals unterschrieben. Wäre mein Vorgänger auch nicht ein so bereuender Mann gewesen, so hätte ich mich doch darum bekümmern müssen, was früher von ihm geschehen. Fürst Bismarck hat im Jahre 1889 im Oktober nach Berlin geschrieben, die Freundschaft Sanibars sei ihm lieber, als ganz Witu, und später: an Englands Freundschaft sei ihm mehr gelegen, als an ganz Ostafrika. (Heiterkeit.) (Beifall links.) Ich bin also in keiner Weise von dem Programm meines Amtsvorgängers abgewichen. Was die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft anbelangt, so liegen die Verhältnisse so, daß die Gesellschaft die Rente wird weiter erhalten können. Bei dem Vertrag mit der Gesellschaft hatten wir nicht allein fiskalische Interessen zu vertreten. Ich gebe dem Abg. Bamberger darin Recht, daß es nicht vornehm ist, daß das Reich sich bei der Gesellschaft bemühen mußte, die Gelder zu erhalten und ihr zu beweisen, daß ihr Interesse mit dem des Reiches identisch sei. Aber es ging doch nicht anders. Durch die Uebernahme des Protektorats von Sanibar durch England ist unsere Stellung wesentlich verbessert; durch den gewonnenen Küstenstreifen haben wir ein sehr gutes Geschäft gemacht und sind dadurch in die Lage gekommen, den Vertrag mit der ostafrikanischen Gesellschaft durchzuführen. Wenn wir nun beginnen, zu organisieren, so waren wir von der Rente ins Innere angewiesen und auf das Maß, in dem wir die Mittel dazu finden. Wenn wir zur Zeit auch nur eine einzige Karavanzstraße werden befähigen können, so ist damit schon sehr viel gewonnen. Der Vorwurf, nicht dem eigenen Triebe, übernehmen wir den Reichsbesitz, weil sonst aus Ostafrika nichts werden würde. Es ist dies an sich auch gar nichts Abnormes. In der Rubrik und im hohen Alter pflegen die Kolonien selbstständig zu sein, in ihrer Minderzeit aber die Verwaltung des Mutterlandes zu brauchen. Wie viel Zeit wir zur Pflanzung gebrauchen, läßt sich nicht voraussagen; wir sind ohnehin engagiert. Es mußte deshalb aus der Wissmannschen Truppe eine Reichstruppe gemacht werden. Eine Verminderung der Zahl der Offiziere wird freilich auch eintreten müssen. Bei der Organisation der Schutztruppe wird darauf zu achten sein, daß die Mitglieder derselben sich stets als Deutsche fühlen. Was nun die Frage der Verwaltung anbelangt, so ist zu sagen, daß sie nicht auf das ganze Territorium einheitlich sein kann. Ich glaube das Reich wird in absehbarer Zeit in der Lage sein, die angewandten Summen wieder heranzubekommen; aber es wird Mühe und Arbeit noch auf lange Zeit kosten. Was nun die Frage des Bergbaues und der Plantagen anbelangt, so wird das Ergebnis davon abhängen, wie weit man die Leute zur Arbeit veranlassen kann. An die Spitze der Verwaltung mußte ein Mann gestellt werden, welcher die vorliegenden Verhältnisse und die Verwaltung genau kennt und ein solcher Mann ist der Herr v. Soden. Er hat die Verwaltung übernommen in der Ueberzeugung, daß aus dem Lande etwas werden wird. Was Wissmann, Emin Pascha und Peters anbelangt, so wird die Regierung erstens sein, wenn sie sich in den Dienst der Kolonien stellen wollen; aber wir müssen zur Bedingung machen, daß sie sich abhängig halten von dem Gouverneur Herrn v. Soden. Ich habe zu der deutschen Nation das Vertrauen, daß sie stark ist zu schwerer Arbeit und festhält, was sie besitzt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr.): Was der Herr Reichstags-

kanzler über den deutsch-englischen Vertrag gesagt hat, kann ich durchaus unterschreiben. Ich muß aber konstatieren, daß ein Widerspruch in der Presse gegen jenes Abkommen nur in einem kleinen Teile derselben laut geworden ist, in jenem kleinen Teile, der um so lauter wird, je einflussreicher er ist, der sich aber sehr geschickt an die Regierung heranwringen versteht. Der Enthusiasmus für die Kolonialpolitik nimmt zu mit der Entfernung von der See, die Hanfschäfte haben durchaus nichts für die Kolonialpolitik übrig. Für diese Politik sind noch einige Bankiers interessiert. Auch das wird aufhören, wenn das Trauerjahr für den Fürsten Bismarck vorüber ist. (Heiterkeit.) Redner wendet sich dann zu einigen Ausführungen des Vorredners. Herr Döbelnhäuser hat sich heute als Optimist entpuppt, in anderen Fragen, z. B. bei der Zuckersteuer, war er sehr pessimistisch. Trotz Herrn Döbelnhäusers müssen wir hier von der ostafrikanischen Gesellschaft sprechen, die in „patriotischer Resignation“ sich vom Reiche die Summe von 90,000 Mark geben läßt, von dem Reiche, von dem Herr Döbelnhäuser meint, daß es der Gesellschaft die Fesseln anstreife. Aber gerade umgekehrt ist es, das Reich wird ausgenutzt. (Heiterkeit.) Warum alle diese Forderungen? Damit die Gesellschaft wirtschaftliche Erfolge erzielt. Dem Herrn Reichstagskanzler wird es nicht entgangen sein, daß der gleiche Enttäuschungssturm, wie ihm, auch dem Fürsten Bismarck entgegengebracht wurde, weil Herr Peters nicht gut genug behandelt worden sei. Ich glaube, der Herr Reichstagskanzler überläßt die Enttäuschungsstimmung und geht deshalb in der Beschränkung

der Kolonialpolitik so langsam vor. Was nun

die Vorgänge in Ostafrika anbelangt, so sind doch

die Beziehungen von Wissmann zu Emin Pascha

derartig, daß es wirklich fraglich erscheint, ob

Herr von Wissmann überhaupt noch im Kolonial-

dienste verwendet werden kann. Aus den uns

vorgelegten Weisbüchern geht klar hervor, daß die

Weisbüchungen Emin Paschas durch Herrn von

Wissmann fast jedes Grundes entbehren und die

Verträge liefern zugleich den Beweis, daß Herr

von Wissmann in manchen Momenten nicht im

Stande sei, einen amtlichen Bericht abzugeben.

Aus der Korrespondenz der Weis-

bücher gewinnt man den Eindruck, daß Emin

Pascha zu verschiedenen Operationen verleitet

worden ist, weil ihm immer noch nicht der Ein-

halt des mit England abgeschlossenen Vertrages

mitgeteilt worden ist. Herr Döbelnhäuser ver-

langt eine Regelung der Verhältnisse des Nordens

von Ostafrika. Ja, diese Verhältnisse sind ja

durch den englischen Vertrag vollständig geregelt.

Herr Döbelnhäuser hat den Zug des Dr. Peters

einen modernen Argonautenzug genannt, ja, nur

daß der alte Argonautenzug ein goldenes Vließ

eingebracht, während der moderne aus ein goldenes

Vließ von vielen Millionen kostet. (Beifall.)

Wir wollen eine Beschränkung der Kolonial-

politik, weil wir alle unsere Kräfte anwenden

müssen zur Erhaltung der Stellung Deutschlands

in Europa. Wir können gegen die Forderung,

weil wir der Ansicht sind, daß der Herr Reichs-

kanzler trotz aller Einschränkung noch viel zu weit

geht. (Beifall links.)

Reichstagskanzler v. Caprivi: Wir danken

dem Major v. Wissmann eine wertvolle Ver-

besserung der Verhältnisse in Ostafrika und ich

kann nur bedauern, daß derselbe hier in einer

solchen Weise angegriffen worden ist. (Beifall

rechts.)

Abg. v. Bollmar (Soz.): Wir stehen

auf dem Boden, daß wir angestrichen der Verhält-

nisse in Deutschland alle Veranlassung haben,

alle verfügbaren Kräfte hier im Innern zu ver-

wenden. Wir sind indessen der Ansicht, daß wir

die ostafrikanischen Kolonien durch ein einfaches

Vlein nicht leicht wieder los werden können. Von

diesem Standpunkte aus bin ich der Ansicht, daß

der Vertrag mit England in sofern ein günstiger

ist, als er der völligen Zielfähigkeit daselbst ein

Ende macht. Mit dem Eintreten der Zivilisier-

ung in Ostafrika ist eine mehr zivilisatorische

Entwicklung daselbst zu erwarten. Soll diese

Zivilisierung von einem Erfolge begleitet sein, dann

muß die militärische Seite zurückgestellt werden.

Was die vorgelegte Gesetzentwurf anbelangt, so

ist von unserer Seite darauf zu bringen, daß so

bald als möglich eine Verminderung der Schutz-

truppen herbeigeführt wird. Daß den Offizieren

auch noch gewisse zivilisatorische und politische

Aufgaben gegeben werden sollen, ist natürlich, nur

eigenbürtig erscheint es mir dem gegenüber,

daß die Verwaltung trotzdem eine rein militä-

rische bleiben soll, womit andere Länder die

schlimmsten Erfahrungen gemacht haben. Es

muß dahin gewirkt werden, daß dem Deutschen

so wenig als möglich von einer Vast auferlegt

wird, die er an sich schon nur widerwillig über-

nommen hat.

Abg. v. Karborff (Köps): Auch Fürst

Bismarck sei, ebenso wie der gegenwärtige Reichs-

kanzler, ein Kolonialwärmer gewesen, allein er

sei doch zu der Ueberzeugung gelangt, daß in den

Kolonialwerbungen eine wirtschaftliche Kraft-

steigerung des deutschen Vaterlandes liege und

daß die Weltmachtstellung Deutschlands es ver-

lange, daß wir an verschiedenen Punkten des

Erdballs feste Positionen haben müssen, um von

dort aus die Interessen Deutschlands wahrnehmen

zu können. Diese Kolonialpolitik, und namentlich

in dem Rahmen, wie sie der Reichstagskanzler heute

dargelegt habe, werde von der großen Majorität

der Nation gebilligt. Und unter Umständen sei

es auch sehr vorteilhaft für Deutschland, in

schwierigen Verhältnissen derartige Positionen in

Händen zu haben, und deshalb sei auch die Er-

werbung von Helgoland für uns von hohem

Werth. Trotz der Aufgabe von Sanibar werden

wir für unsere Thätigkeit innerhalb Ostafrikas

noch ein weites Feld behalten. Redner stellt als-

dann die Energie des Dr. Peters, welche er trotz

aller Anfeindungen, denen er ausgesetzt gewesen,

bewiesen habe, volle Anerkennung. Der Abg. Richter habe kein Verständnis für dessen Thätig-

keit. (Heiterkeit links.) Wie wenig der Dr. Peters ein Feind Englands sei, beweise der Um-

stand, daß derselbe gegenwärtig zu einer Tour-

nee nach England eingeladen sei. Redner em-

pfeht schließlich die Bewilligung der Position.

(Beifall rechts.)

Hieran vertritt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heu-

tigen Beratung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

C. H. Berlin, 5. Februar 1891.

## Preussischer Landtag.

Abgeordneter-Haus.

26. Sitzung vom 5. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung

um 12 Uhr.

Am Ministertische: von Heyden und Kom-

missare.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Be-

ratung des vom Abg. Conrad (Pfl.) bean-

tragten Widschadengesetzes.

Der von der Kommission vorgeschlagene § 1

lautet:

„Der durch Schwarz, Roth, Elch, Damm-

wid und an selbstgrundbesitzenden angestrich-

ten Schaden ist dem Nutzungsberechtigten nach

Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu er-

setzen.“

Abg. Verling (fr.) beantragte dem gegen-

über die Annahme eines „Gesetzentwurfs zum

Schutze der Landwirtschaft gegen Widschaden“,

dessen § 1 folgendermaßen lautet: „Jeder Eigen-

thümer, Nutzungs- oder Pachtberechtigter ist be-

auf seinem Grund, Nutzungs- oder Pachtgebiete

Schwarz, Roth- und Dammwid jederzeit,

namentlich ohne Rücksicht auf Schonzeit, zu er-

setzen und sich anzueignen.“

Eventuell beantragt Abg. Verling in § 1

hinter dem Worte „Dammwid“ einzufügen die

Worte: „sowie Rehwild und Fasanen.“

Abg. Papendiek (fr.) rechtfertigt die

Verling'schen Anträge, welche gestellt seien, weil

ihm und seinen Freunden die Vorschläge der

Kommission nicht weit genug gehen, wenigstens

er anerkennen müsse, daß diese Vorschläge schon

eine wesentliche Verbesserung des gegenwärtigen

Zustandes herbeizuführen geeignet seien. Dem

Besitzer müsse aber unter allen Umständen ge-

stattet sein, das Wild, welches sein Feldgrundstück

verwüste, abzuschließen.

Abg. Frhr. v. d. Reck (Konf.) empfiehlt die

unveränderte Annahme des § 1 der Kommissions-

vorlage.

Abg. Conrad-Pfl. (fr.) führt aus,

daß die Kommission keinen Antrag in diesem

Jahre nicht mit dem Wohlwollen behandelt habe,

wie im vorigen Jahre, denn sie habe denselben

dadurch, daß sie das Rehwild und die Fasanen

darans entfernt habe, wesentlich verschlechtert.

Rehwild und Fasanen richten großen Schaden an

und diesen Schaden nicht ersetzen zu wollen sei

weder recht noch billig. Das Weidrecht des

kleinen Grundbesitzers könne durch Rehe und

Fasanen völlig vernichtet werden. Er werde

gegen § 1 stimmen, wenn nicht die Rehe und

Fasanen darin aufgenommen werden, das Haus

aber werde vor ihm nicht eher Ruhe bekommen,

als bis ein gerechtes Widschadengesetz zu Stande

gebracht sei. (Beifall.)

Abg. Strub (freisinn.) tritt im An-

nahme der Vorlage, die eine Verbesserung des

Bestehenden sei und dem Herrenhause leichter

annehmbar sein werde, als weitergehende Be-

stimmungen. Das Weidrecht sei hier der Feind

des Guten. Der durch Rehe und Fasanen an-

gerichtete Schaden wird sich leicht verhindern

lassen.

Abg. Franke-Tonnen (nat. lib.) wird ge-

gen die Kommissionsvorlage stimmen, wenn nicht für

Rehe und Fasanen der Schaden ersetzt werden soll.

Der von übergebenen Rehen und Fasanen an-

gerichtete Schaden sollte ebenso ersetzt werden,

wie der von Hauszieren angerichtete Schaden

nach der heutigen Gesetzgebung schon ersetzt wer-

den muß.

Abg. Brandenburg (Zentrum) ist ge-

gen die Kommissionsvorlage, die eine Verbesserung

des Bestehenden sei und dem Herrenhause leichter

annehmbar sein werde, als weitergehende Be-

stimmungen. Das Weidrecht sei hier der Feind

des Guten. Der durch Rehe und Fasanen an-

gerichtete Schaden wird sich leicht verhindern

lassen.

Abg. Graf Strachwitz (Zentrum) be-

dauert die agitatorische Ausdeutung der Frage.

Er empfiehlt die Kommissionsvorlage; auf die-

ser Grundlage werde sich weiter bauen lassen.

Abg. v. Meyer-Arens (nat. lib.) stimmt

gegen die unpraktische Kommissionsvor-

lage in der Erwartung, daß die Regierung eine

bessere Vorlage machen werde, wodurch die Prä-

ventivmaßregeln gegen Widschaden verschärft

werden.

Abg. Dasbach (Zentrum): Im Interesse

der kleinen Grundbesitzer ist der Schadenersatz

für den durch Rehe und Fasanen angerichteten

Schaden dringend nöthig.

Abg. Dr. Ritter (freisinn.) beschließt den

Abg. Conrad und Dasbach der agitatorischen Aus-

deutung der Widschadenfrage. Er wird für die

Kommissionsvorlage stimmen.

Abg. Dr. v. Meyer (fr.) und Abg. Schnat-

meyer (Konf.) treten für den Antrag Conrad

ein, während der Abg. Frhr. v. Döbeln die

Kommissionsvorlage zur Annahme empfiehlt.



Präfer. 600	390,00 B	Präfer. 2. St. 4	1090,00 S
Ord. 8	34	Secunden	43
Ord. 8.	270	Eurginga	240

  

Bank-Discont.		Wechsel	
Reichsbank 1%, Lombard 4, 4 1/2		Cours vom	
Privatdiscont 2 1/2, 3		5. Februar.	

  

Ord. 8 Tage	2 1/2 %	149,50 S
Ord. 2 Monat	2 1/2 %	167,75 S
Ord. 3 Tage	3 1/2 %	80,15 S
Ord. 2 Monat	3 1/2 %	80,35 S
Ord. 3 Tage	4 1/2 %	177,50 S
Ord. 2 Monat	2 1/2 %	20,24 S
Ord. 3 Tage	3 %	80,70 S
Ord. 2 Monat	4 %	90,40 S
Ord. 3 Tage	4 1/2 %	177,50 S
Ord. 2 Monat	5 1/2 %	176,95 S
Ord. 3 Tage	4 1/2 %	80,40 S
Ord. 2 Monat	5 1/2 %	79,55 S
Ord. 3 Tage	6 %	226,00 S
Ord. 2 Monat	6 %	226,00 S
Ord. 3 Tage	6 %	226,00 S

  

Gold- und Papiergeld.		Wechsel	
Cours vom		5. Februar.	

  

noten per Stück	30,25 S	Empf. Banknoten	30,25 S
unverzinst		Frans. Banknoten	80,45 S
noten per Stück 1,135 S		Empf. Banknoten	175,20 S
Mare		Frans. Noten	79,55 S







